

Bozen, 23.02.2023

Bearbeitet von
Angelika Runggaldier

[E-Mail](mailto:angelika.runggaldier@idm-suedtirol.com) angelika.runggaldier@idm-suedtirol.com

Übermittlung mittels PEC

COFFEECOM

coffecom@pecmail.bz.it

ERSUCHEN UM EINREICHUNG EINES VORANSCHLAGS
FÜR DIE DIREKTVERGABE:
Übersetzungsdienstleistungen für den Südtirol Marketplace

ANTWORT SPÄTESTENS BIS: **03.03.2023, 12 Uhr**

Sehr geehrte Coffecom,

Sie wurden durch eine Markterhebung ermittelt. Das vorliegende Ersuchen wird vom einzigen Verfahrensverantwortlichen (EVV), Herrn Wolfgang Töchterle, von IDM Südtirol – Alto Adige eingeleitet, um über Folgendes Kenntnis zu erlangen:

- über die von Ihnen angewandten wirtschaftlichen Bedingungen

Art. 1 Beschreibung der Leistung

Siehe Briefing

Art. 2 Geschätzter Betrag

Der Gesamtvergütung für die Ausführung der Lieferung (für 36 Monate) beträgt maximal **149.500,00** Euro (ohne MwSt.).

Zulässig sind nur Angebote mit Abschlag auf den Ausschreibungsgesamtbetrag

Art. 3 Auswahl der Wirtschaftsteilnehmer

Das Ersuchen zur Einreichung eines Voranschlags ist an die Wirtschaftsteilnehmer nach Art. 45 GvD Nr. 50/2016 gerichtet.

Die interessierten Wirtschaftsteilnehmer müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Eintragung im **Handelsregister** für Tätigkeiten, welche gemäß Art. 83 Abs. 3 GvD Nr. 50/2016 im Zusammenhang mit der vergabe-gegenständlichen Leistung stehen und/oder Eintragung im ONLUS-Verzeichnis (der Non-Profit-Organisationen);
- die **allgemeinen Anforderungen** gemäß Art. 80 GvD Nr. 50/2016 i.g.F. besitzen;

Art. 4 Ausführungsmodalitäten/Fristen

Siehe Briefing

Zahlungsmodalitäten: halbjährlich, 30 Tage ab Erhalt der Rechnung

Damit IDM die Rechnung fristgerecht vornehmen kann, muss der Auftragnehmer rechtzeitig die elektronische Rechnung mit allen Elementen gemäß geltenden Rechtsvorschriften und im Einklang mit den Vorschriften über die Rückverfolgbarkeit der Zahlungen ausstellen.

Art. 5 Einreichung der Voranschläge

Die interessierten Wirtschaftsteilnehmer müssen bis spätestens

03.03.2023, 12 Uhr

mittels elektronischer Post an die Adresse gare@pec.idm-suedtirol.com, mit der Beschriftung „Übersetzungsdienstleistungen für den Südtirol Marketplace“ ihren Voranschlag (in pdf und digital signiert) bestehend aus folgenden Dokumenten:

- 1 Antwort auf die Aufforderung (A1)
- 2 Technisches Angebot
- 3 Wirtschaftliches Angebot

einreichen.

Da es sich um eine Markterhebung handelt, kann der eingereichte Voranschlag auch vor Ablauf der Frist geprüft werden, doch die Auswahl erfolgt nach Ablauf der festgesetzten Abgabefrist.

Der EVW behält sich vor, nach seinem Ermessen unter den Bewerbern, die auf das Ersuchen zur Einreichung eines Voranschlags antworten, den Wirtschaftsteilnehmer auszuwählen, der den für die Vergabestelle vorteilhaftesten Voranschlag eingereicht hat.

Es steht dem EVW zudem frei, im ordentlichen Wege und nach eigenem Ermessen zusätzliche Wirtschaftsteilnehmer, die nicht an der gegenständlichen Markterhebung teilnehmen, zu konsultieren.

Selbstverständlich stellt die obige Teilnahme keinen Beweis über die Erfüllung der Teilnahmeanforderungen für die Vergabe der Leistung dar: Die Erfüllung der Anforderungen muss der Wirtschaftsteilnehmer vielmehr vor Vertragsabschluss über die auszufüllende Anlage A1 erklären.

Es sind keine Änderungsvorschläge und/oder bedingte Vorschläge zugelassen.

Die Wirtschaftsteilnehmer müssen gemäß Art. 27 Abs. 5 LG Nr. 16/2015 spätestens bei Erhalt des Ersuchens, ihr Angebot im Portal hochzuladen, im telematischen Verzeichnis auf der Plattform des „Informationssystems für öffentliche Verträge“ der Autonomen Provinz Bozen eingetragen sein.

ENDGÜLTIGE SICHERHEIT (Art. 36 LG Nr 16/2015): Bei Vergabeverfahren **mit geschätzten Wert ab 40.000 Euro** (ohne MwSt.) und unter 139.000 Euro (ohne MwSt.) muss der Auftragnehmer die endgültige Sicherheit gemäß Art. 36 LG Nr. 16/2015 **in Höhe von 2%** leisten.

Der Voranschlag ist von seinem Erhalt an für weitere 180 Tage bindend.

Vorliegendes Ersuchen **stellt keinen Vertragsangebot dar** und **bindet** die Verwaltung keinesfalls, die Leistung direkt an die antwortenden Wirtschaftsteilnehmer zu vergeben.

Die Verwaltung behält sich vor, das eingeleitete Verfahren jederzeit aus Gründen, die in ihre alleinige Zuständigkeit fallen, zu unterbrechen, ohne dass die Wirtschaftsteilnehmer Ansprüche deshalb erheben können.

Für Informationen und Rückfragen: Frau Angelika Runggaldier, gare@pec.idm-suedtirol.com

Art 6 Mitteilungen und Aktenzugang

Der Aktenzugang greift nicht vor Erlass der Vergabemaßnahme. Diese wird umgehend an alle, die den Voranschlag gesandt haben, mitgeteilt.

Die vorliegende Maßnahme wird zur allgemeinen Kenntnisnahme auf der institutionellen Webseite dieser Körperschaft unter „Transparente Verwaltung“ und das Ergebnis auf dem Portal des Informationssystems für öffentliche Verträge veröffentlicht.

Ort und Datum: Bozen, 23.02.2023

Der einzige Verfahrensverantwortliche (EVV)

Wolfgang Töchterle

(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

Anlagen:

- Briefing
- Technisches Leistungsverzeichnis
- A1 - Antwort auf die Aufforderung
- Wirtschaftliches Angebot



Firmato digitalmente da:

TOECHTERLE WOLFGANG

Firmato il 2023/02/23 12:17

Seriale Certificato: 1457044

Valido dal 18/05/2022 al 18/05/2025

InfoCamere Qualified Electronic Signature CA

INFORMATIONEN ZUM SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist die Auftrag gebende Körperschaft (siehe Ausschreibungsbedingungen).

Auftragsverarbeiter gemäß Art. 28 DSGVO ist IDM Südtirol Alto Adige – Pfarrplatz Nr. 11, 39100 Bozen, E-Mail: info@idm-suedtirol.com; PEC: privacy@idm-suedtirol.com. Der gesetzliche Vertreter der IDM Südtirol Alto Adige ist der Präsident Dr. Johann Pichler.

Unter- Herkunft der Daten: Die Daten werden beim Interessierten (Mitbewerber) gesammelt und in Archiven, Registern, Listen und Verzeichnissen von öffentlichen Rechtsträgern im Sinne der Rechtsvorschrift aufbewahrt.

Kategorie der Daten: Die eingehobenen Daten sind: Identifizierungsdaten und gerichtliche Daten (bezüglich Verurteilungen, Strafen und jedenfalls Maßnahmen infolge von Vergehen straf-, bürger-, verwaltungs-, sozial-, beitrags-, und steuerrechtlicher Natur im Sinne des Art. 80 GVD Nr. 50/2016). Besagte Datenverarbeitung ist insbesondere zum Zweck der korrekten Ausführung des Ausschreibungsverfahrens notwendig. Im Falle der fehlenden Übermittlung kann das Verfahren nicht vollendet werden.

Zweck und Art der Verarbeitung:

Die übermittelten Daten werden von der IDM, auch in elektronischer Form, für die Erfüllung von bestimmten gesetzlichen Verpflichtungen, welche durch die Rechtsvorschriften im Bereich Ausschreibungen und öffentlichem Vertragswesen entstehen, einzig für die Durchführung des Ausschreibungsverfahrens, sowie den damit verbundenen und sich ergebenden Tätigkeiten, gesammelt und verarbeitet. Die Verarbeitung der gerichtlichen Daten erfolgt ausschließlich für die Bewertung der Erfüllung der Anforderungen, gemäß den anwendbaren, geltenden gesetzlichen Bestimmungen und erfolgt aufgrund der "Ermächtigung zur Datenverarbeitung der gerichtlichen Daten von Seiten privater Subjekte, öffentlicher wirtschaftlicher Körperschaften und öffentlicher Subjekte", ausgestellt vom Sicherungsgeber zum Schutz der persönlichen Daten. Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigt werden können. Die Verweigerung kann die Durchführung des entsprechenden Untersuchungsverfahrens verhindern.

Mitteilung und Datenempfänger:

Die gesammelten Daten können ferner folgenden Subjekten mitgeteilt werden:

- den zur Verarbeitung beauftragten Subjekten, die aus verschiedenen Gründen im Auftrag der IDM arbeiten und denen schriftlich die entsprechenden Anweisungen zur berechtigten Verarbeitung der Daten erteilt wurde;
- anderen öffentlichen Verwaltungen und Behörden, denen die Daten im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden können;
- anderen Bietern, die Anfrage um Zugang zu den Ausschreibungsunterlagen stellen, gemäß den Modalitäten und im Rahmen dessen, was in diesem Bereich von den geltenden Bestimmungen vorgesehen ist;
- externen Subjekten, deren Namen den Interessierten zur Verfügung stehen, da sie Teil der Bewertungskommissionen sind, die von Mal zu Mal gebildet werden;
- Rechtsanwälten, welche mit der Verteidigung der IDM vor Gericht beauftragt sind.

Auf jeden Fall kann die Übermittlung von persönlichen Daten, mit Ausnahme der sensiblen und gerichtlichen Daten, von der IDM im Sinne der Verordnung EU/2016/679 (DSGVO) durchgeführt werden.

Die Daten werden in keiner Weise nach Außen übermittelt und mitgeteilt und werden in keiner Weise verbreitet und an nicht autorisierte Subjekte mitgeteilt.

Verbreitung: Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer: Die übermittelten Daten werden für die von den geltenden Bestimmungen vorgesehenen Dauer aufbewahrt.

Rechte der betroffenen Person: Gemäß den geltenden Bestimmungen hat die betroffene Person, auf Antrag, jederzeit das Recht, Zugang zu den sie betreffenden Daten zu erhalten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <https://www.idm-suedtirol.com/it/privacy.html> zur Verfügung.

Rechtsbehelfe: Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

Die Erklärungen in diesem Vordruck müssen von den einzelnen Wirtschaftsteilnehmern (auch Handwerkern), den Gesellschaften (auch Genossenschaften), den Konsortien nach Art. 45 Abs. 2 Buchst. b) und c) GvD Nr. 50/2016 und den federführenden Unternehmen von Bietergemeinschaften, gewöhnlichen Konsortien, EWIV und Unternehmensnetzwerken abgegeben werden. Jedes mitbietende Mitglied einer BG, eines gewöhnlichen Konsortiums, einer EWIV oder eines Unternehmensnetzwerks sowie jedes ausführende Mitglied des Konsortiums, Genossenschaftskonsortiums oder ständigen Konsortiums gemäß 45 Abs. 2 Buchst. b) und c) ebd. muss die Anlage A1-bis ausfüllen.

¹ Bei einzelnen Unternehmen sind die Daten des gesetzlichen Vertreters anzugeben, bei Konsortien gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. b) und c) GvD Nr. 50/2016 die des gesetzlichen Vertreters des Konsortiums, bei Bietergemeinschaften, gewöhnlichen Konsortien gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. e) GvD Nr. 50/2016, EWIV und Unternehmensnetzwerken die des gesetzlichen Vertreters des federführenden Unternehmens.

¹ Falls der teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer die Form eines Konsortiums gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. b) und c) GvD Nr. 50/2016 aufweist, müssen die leistungsausführenden Konsortialgesellschaften die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.

¹ Falls der Wirtschaftsteilnehmer in Form eines gewöhnlichen Konsortiums gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. e) GvD Nr. 50/2016 teilnimmt, müssen alle mitbietenden Unternehmen des Konsortiums die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.

¹ Falls der Wirtschaftsteilnehmer in Form einer BG teilnimmt, müssen alle mitbietenden Unternehmen die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.

¹ Falls der Wirtschaftsteilnehmer in Form eines Unternehmensnetzwerks teilnimmt, müssen alle mitbietenden Unternehmen die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.

¹ Falls der Wirtschaftsteilnehmer in Form einer EWIV teilnimmt, müssen alle mitbietenden Unternehmen die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.

¹ Die vollständigen Angaben aller Unternehmen der BG, des Konsortiums gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. e). GvD Nr. 50/2016 anführen, und aller Mitglieder des Konsortiums gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. b) und c) GvD Nr. 50/2016 (Firma oder Bezeichnung, Rechtssitz, Steuernummer und Art der Gesellschaft: Einzelunternehmen, offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft oder andere Gesellschaftsform).

¹ Die Teile der Leistung müssen in Prozent angegeben oder beschrieben werden. Es dürfen bei sonstigem Ausschluss keinesfalls Beträge aufscheinen, auch nicht indirekt: diese sind im wirtschaftlichen Angebot anzuführen.

a) Bei horizontaler BG muss das federführende Unternehmen den überwiegenden Leistungsanteil oder mindestens den Leistungsanteil laut Ausschreibungsbedingungen erbringen.

b) Bei vertikaler BG muss das federführende Unternehmen die Hauptleistung oder mindestens den Leistungsanteil laut Ausschreibungsbedingungen erbringen.

c) Bei gemischter BG muss das federführende Unternehmen den überwiegenden Leistungsanteil oder mindestens den Leistungsanteil laut Ausschreibungsbedingungen erbringen.

¹ Das „**erklärende Unternehmen**“ ist das Unternehmen, das den Vordruck unterzeichnet. Der „**teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer**“ ist der Wirtschaftsteilnehmer insgesamt: Handelt es sich um ein einzelnes Unternehmen, fällt dieses mit dem „**teilnehmenden Wirtschaftsteilnehmer**“ zusammen, besteht der Wirtschaftsteilnehmer aus mehreren Subjekten, ist der **teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer** die BG, das Konsortium, die EWIV oder das Unternehmensnetzwerk, während das erklärende Unternehmen das federführende Unternehmen ist, das den Vordruck A1 unterzeichnet, bzw. die einzelnen mitbietenden Mitglieder, die die Vordrucke A1-bis unterzeichnen.

¹ Die Angaben müssen entsprechend dem Rechtssitz des erklärenden Unternehmens von allen Formen von **Wirtschaftsteilnehmern**, die an der Ausschreibung teilnehmen, bestätigt werden.

¹ Für Dienstleistungen und Lieferungen sind jene Teile der Dienstleistung zu beschreiben, die man an Dritte untervergeben will.

¹ Gemäß Art. 89 GvD Nr. 50/2016 nur dann zu bestätigen, wenn der Bieter die besonderen Teilnahmeanforderungen nicht oder nur zum Teil erfüllt.

¹ Alle vorgesehenen besonderen Anforderungen angeben, die der Teilnehmer nicht selbst erfüllt, sowie deren Prozentsatz oder Wert (in Euro).

¹ Firma, Rechtssitz und allgemeine Angaben der Hilfsunternehmen und Anforderungen, für welche die Kapazitäten genutzt werden sollen.

¹ Vom 15.08.2020 an wird Art. 110 GvD Nr. 50/2016 gemäß Art. 372 Abs. 1 GvD Nr. 14/2019 ersetzt werden.

Bozen, 23.02.2023

Bearbeitet von
Angelika Runggaldier

[E-Mail](mailto:angelika.runggaldier@idm-suedtirol.com) angelika.runggaldier@idm-suedtirol.com

Übermittlung mittels PEC

EX LIBRIS GENOSSENSCHAFT

exlibrisgenmbh@pec.rolmail.net

**ERSUCHEN UM EINREICHUNG EINES VORANSCHLAGS
FÜR DIE DIREKTVERGABE:
*Übersetzungsdienstleistungen für den Südtirol Marketplace***

ANTWORT SPÄTESTENS BIS: **03.03.2023, 12 Uhr**

Sehr geehrte Ex Libris Genossenschaft,

Sie wurden durch eine Markterhebung ermittelt. Das vorliegende Ersuchen wird vom einzigen Verfahrensverantwortlichen (EVV), Herrn Wolfgang Töchterle, von IDM Südtirol – Alto Adige eingeleitet, um über Folgendes Kenntnis zu erlangen:

- über die von Ihnen angewandten wirtschaftlichen Bedingungen

Art. 1 Beschreibung der Leistung

Siehe Briefing

Art. 2 Geschätzter Betrag

Der Gesamtvergütung für die Ausführung der Lieferung (für 36 Monate) beträgt maximal **149.500,00** Euro (ohne MwSt.).

Zulässig sind nur Angebote mit Abschlag auf den Ausschreibungsgesamtbetrag

Art. 3 Auswahl der Wirtschaftsteilnehmer

Das Ersuchen zur Einreichung eines Voranschlags ist an die Wirtschaftsteilnehmer nach Art. 45 GvD Nr. 50/2016 gerichtet.

Die interessierten Wirtschaftsteilnehmer müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Eintragung im **Handelsregister** für Tätigkeiten, welche gemäß Art. 83 Abs. 3 GvD Nr. 50/2016 im Zusammenhang mit der vergabe-gegenständlichen Leistung stehen und/oder Eintragung im ONLUS-Verzeichnis (der Non-Profit-Organisationen);
- die **allgemeinen Anforderungen** gemäß Art. 80 GvD Nr. 50/2016 i.g.F. besitzen;

Art. 4 Ausführungsmodalitäten/Fristen

Siehe Briefing

Zahlungsmodalitäten: halbjährlich, 30 Tage ab Erhalt der Rechnung

Damit IDM die Rechnung fristgerecht vornehmen kann, muss der Auftragnehmer rechtzeitig die elektronische Rechnung mit allen Elementen gemäß geltenden Rechtsvorschriften und im Einklang mit den Vorschriften über die Rückverfolgbarkeit der Zahlungen ausstellen.

Art. 5 Einreichung der Voranschläge

Die interessierten Wirtschaftsteilnehmer müssen bis spätestens

03.03.2023, 12 Uhr

mittels elektronischer Post an die Adresse gare@pec.idm-suedtirol.com, mit der Beschriftung „Übersetzungsdienstleistungen für den Südtirol Marketplace“ ihren Voranschlag (in pdf und digital signiert) bestehend aus folgenden Dokumenten:

- 1 Antwort auf die Aufforderung (A1)
- 2 Technisches Angebot
- 3 Wirtschaftliches Angebot

einreichen.

Da es sich um eine Markterhebung handelt, kann der eingereichte Voranschlag auch vor Ablauf der Frist geprüft werden, doch die Auswahl erfolgt nach Ablauf der festgesetzten Abgabefrist.

Der EVW behält sich vor, nach seinem Ermessen unter den Bewerbern, die auf das Ersuchen zur Einreichung eines Voranschlags antworten, den Wirtschaftsteilnehmer auszuwählen, der den für die Vergabestelle vorteilhaftesten Voranschlag eingereicht hat.

Es steht dem EVW zudem frei, im ordentlichen Wege und nach eigenem Ermessen zusätzliche Wirtschaftsteilnehmer, die nicht an der gegenständlichen Markterhebung teilnehmen, zu konsultieren.

Selbstverständlich stellt die obige Teilnahme keinen Beweis über die Erfüllung der Teilnahmeanforderungen für die Vergabe der Leistung dar: Die Erfüllung der Anforderungen muss der Wirtschaftsteilnehmer vielmehr vor Vertragsabschluss über die auszufüllende Anlage A1 erklären.

Es sind keine Änderungsvorschläge und/oder bedingte Vorschläge zugelassen.

Die Wirtschaftsteilnehmer müssen gemäß Art. 27 Abs. 5 LG Nr. 16/2015 spätestens bei Erhalt des Ersuchens, ihr Angebot im Portal hochzuladen, im telematischen Verzeichnis auf der Plattform des „Informationssystems für öffentliche Verträge“ der Autonomen Provinz Bozen eingetragen sein.

ENDGÜLTIGE SICHERHEIT (Art. 36 LG Nr 16/2015): Bei Vergabeverfahren **mit geschätzten Wert ab 40.000 Euro** (ohne MwSt.) und unter 139.000 Euro (ohne MwSt.) muss der Auftragnehmer die endgültige Sicherheit gemäß Art. 36 LG Nr. 16/2015 **in Höhe von 2%** leisten.

Der Voranschlag ist von seinem Erhalt an für weitere 180 Tage bindend.

Vorliegendes Ersuchen **stellt keinen Vertragsangebot dar** und **bindet** die Verwaltung keinesfalls, die Leistung direkt an die antwortenden Wirtschaftsteilnehmer zu vergeben.

Die Verwaltung behält sich vor, das eingeleitete Verfahren jederzeit aus Gründen, die in ihre alleinige Zuständigkeit fallen, zu unterbrechen, ohne dass die Wirtschaftsteilnehmer Ansprüche deshalb erheben können.

Für Informationen und Rückfragen: Frau Angelika Runggaldier, gare@pec.idm-suedtirol.com

Art 6 Mitteilungen und Aktenzugang

Der Aktenzugang greift nicht vor Erlass der Vergabemaßnahme. Diese wird umgehend an alle, die den Voranschlag gesandt haben, mitgeteilt.

Die vorliegende Maßnahme wird zur allgemeinen Kenntnisnahme auf der institutionellen Webseite dieser Körperschaft unter „Transparente Verwaltung“ und das Ergebnis auf dem Portal des Informationssystems für öffentliche Verträge veröffentlicht.

Ort und Datum: Bozen, 23.02.2023

Der einzige Verfahrensverantwortliche (EVV)

Wolfgang Töchterle

(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

Anlagen:

- Briefing
- Technisches Leistungsverzeichnis
- A1 - Antwort auf die Aufforderung
- Wirtschaftliches Angebot



Firmato digitalmente da:

TOECHTERLE WOLFGANG

Firmato il 2023/02/23 12:16

Seriale Certificato: 1457044

Valido dal 18/05/2022 al 18/05/2025

InfoCamere Qualified Electronic Signature CA

INFORMATIONEN ZUM SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist die Auftrag gebende Körperschaft (siehe Ausschreibungsbedingungen).

Auftragsverarbeiter gemäß Art. 28 DSGVO ist IDM Südtirol Alto Adige – Pfarrplatz Nr. 11, 39100 Bozen, E-Mail: info@idm-suedtirol.com; PEC: privacy@idm-suedtirol.com. Der gesetzliche Vertreter der IDM Südtirol Alto Adige ist der Präsident Dr. Johann Pichler.

Unter- Herkunft der Daten: Die Daten werden beim Interessierten (Mitbewerber) gesammelt und in Archiven, Registern, Listen und Verzeichnissen von öffentlichen Rechtsträgern im Sinne der Rechtsvorschrift aufbewahrt.

Kategorie der Daten: Die eingehobenen Daten sind: Identifizierungsdaten und gerichtliche Daten (bezüglich Verurteilungen, Strafen und jedenfalls Maßnahmen infolge von Vergehen straf-, bürger-, verwaltungs-, sozial-, beitrags-, und steuerrechtlicher Natur im Sinne des Art. 80 GVD Nr. 50/2016). Besagte Datenverarbeitung ist insbesondere zum Zweck der korrekten Ausführung des Ausschreibungsverfahrens notwendig. Im Falle der fehlenden Übermittlung kann das Verfahren nicht vollendet werden.

Zweck und Art der Verarbeitung:

Die übermittelten Daten werden von der IDM, auch in elektronischer Form, für die Erfüllung von bestimmten gesetzlichen Verpflichtungen, welche durch die Rechtsvorschriften im Bereich Ausschreibungen und öffentlichem Vertragswesen entstehen, einzig für die Durchführung des Ausschreibungsverfahrens, sowie den damit verbundenen und sich ergebenden Tätigkeiten, gesammelt und verarbeitet. Die Verarbeitung der gerichtlichen Daten erfolgt ausschließlich für die Bewertung der Erfüllung der Anforderungen, gemäß den anwendbaren, geltenden gesetzlichen Bestimmungen und erfolgt aufgrund der "Ermächtigung zur Datenverarbeitung der gerichtlichen Daten von Seiten privater Subjekte, öffentlicher wirtschaftlicher Körperschaften und öffentlicher Subjekte", ausgestellt vom Sicherungsgeber zum Schutz der persönlichen Daten. Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigt werden können. Die Verweigerung kann die Durchführung des entsprechenden Untersuchungsverfahrens verhindern.

Mitteilung und Datenempfänger:

Die gesammelten Daten können ferner folgenden Subjekten mitgeteilt werden:

- den zur Verarbeitung beauftragten Subjekten, die aus verschiedenen Gründen im Auftrag der IDM arbeiten und denen schriftlich die entsprechenden Anweisungen zur berechtigten Verarbeitung der Daten erteilt wurde;
- anderen öffentlichen Verwaltungen und Behörden, denen die Daten im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden können;
- anderen Bietern, die Anfrage um Zugang zu den Ausschreibungsunterlagen stellen, gemäß den Modalitäten und im Rahmen dessen, was in diesem Bereich von den geltenden Bestimmungen vorgesehen ist;
- externen Subjekten, deren Namen den Interessierten zur Verfügung stehen, da sie Teil der Bewertungskommissionen sind, die von Mal zu Mal gebildet werden;
- Rechtsanwälten, welche mit der Verteidigung der IDM vor Gericht beauftragt sind.

Auf jeden Fall kann die Übermittlung von persönlichen Daten, mit Ausnahme der sensiblen und gerichtlichen Daten, von der IDM im Sinne der Verordnung EU/2016/679 (DSGVO) durchgeführt werden.

Die Daten werden in keiner Weise nach Außen übermittelt und mitgeteilt und werden in keiner Weise verbreitet und an nicht autorisierte Subjekte mitgeteilt.

Verbreitung: Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer: Die übermittelten Daten werden für die von den geltenden Bestimmungen vorgesehenen Dauer aufbewahrt.

Rechte der betroffenen Person: Gemäß den geltenden Bestimmungen hat die betroffene Person, auf Antrag, jederzeit das Recht, Zugang zu den sie betreffenden Daten zu erhalten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <https://www.idm-suedtirol.com/it/privacy.html> zur Verfügung.

Rechtsbehelfe: Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

- Die Erklärungen in diesem Vordruck müssen von den einzelnen Wirtschaftsteilnehmern (auch Handwerkern), den Gesellschaften (auch Genossenschaften), den Konsortien nach Art. 45 Abs. 2 Buchst. b) und c) GvD Nr. 50/2016 und den federführenden Unternehmen von Bietergemeinschaften, gewöhnlichen Konsortien, EWIV und Unternehmensnetzwerken abgegeben werden. Jedes mitbietende Mitglied einer BG, eines gewöhnlichen Konsortiums, einer EWIV oder eines Unternehmensnetzwerks sowie jedes ausführende Mitglied des Konsortiums, Genossenschaftskonsortiums oder ständigen Konsortiums gemäß 45 Abs. 2 Buchst. b) und c) ebd. muss die Anlage A1-bis ausfüllen.
- ¹ Bei einzelnen Unternehmen sind die Daten des gesetzlichen Vertreters anzugeben, bei Konsortien gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. b) und c) GvD Nr. 50/2016 die des gesetzlichen Vertreters des Konsortiums, bei Bietergemeinschaften, gewöhnlichen Konsortien gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. e) GvD Nr. 50/2016, EWIV und Unternehmensnetzwerken die des gesetzlichen Vertreters des federführenden Unternehmens.
- ¹ Falls der teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer die Form eines Konsortiums gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. b) und c) GvD Nr. 50/2016 aufweist, müssen die leistungsausführenden Konsortialgesellschaften die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.
- ¹ Falls der Wirtschaftsteilnehmer in Form eines gewöhnlichen Konsortiums gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. e) GvD Nr. 50/2016 teilnimmt, müssen alle mitbietenden Unternehmen des Konsortiums die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.
- ¹ Falls der Wirtschaftsteilnehmer in Form einer BG teilnimmt, müssen alle mitbietenden Unternehmen die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.
- ¹ Falls der Wirtschaftsteilnehmer in Form eines Unternehmensnetzwerks teilnimmt, müssen alle mitbietenden Unternehmen die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.
- ¹ Falls der Wirtschaftsteilnehmer in Form einer EWIV teilnimmt, müssen alle mitbietenden Unternehmen die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.
- ¹ Die vollständigen Angaben aller Unternehmen der BG, des Konsortiums gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. e). GvD Nr. 50/2016 anführen, und aller Mitglieder des Konsortiums gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. b) und c) GvD Nr. 50/2016 (Firma oder Bezeichnung, Rechtssitz, Steuernummer und Art der Gesellschaft: Einzelunternehmen, offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft oder andere Gesellschaftsform).
- ¹ Die Teile der Leistung müssen in Prozent angegeben oder beschrieben werden. Es dürfen bei sonstigem Ausschluss keinesfalls Beträge aufscheinen, auch nicht indirekt: diese sind im wirtschaftlichen Angebot anzuführen.
- a) Bei horizontaler BG muss das federführende Unternehmen den überwiegenden Leistungsanteil oder mindestens den Leistungsanteil laut Ausschreibungsbedingungen erbringen.
- b) Bei vertikaler BG muss das federführende Unternehmen die Hauptleistung oder mindestens den Leistungsanteil laut Ausschreibungsbedingungen erbringen.
- c) Bei gemischter BG muss das federführende Unternehmen den überwiegenden Leistungsanteil oder mindestens den Leistungsanteil laut Ausschreibungsbedingungen erbringen.
- ¹ Das **„erklärende Unternehmen“** ist das Unternehmen, das den Vordruck unterzeichnet. Der **„teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer“** ist der Wirtschaftsteilnehmer insgesamt: Handelt es sich um ein einzelnes Unternehmen, fällt dieses mit dem **„teilnehmenden Wirtschaftsteilnehmer“** zusammen, besteht der Wirtschaftsteilnehmer aus mehreren Subjekten, ist der **teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer** die BG, das Konsortium, die EWIV oder das Unternehmensnetzwerk, während das erklärende Unternehmen das federführende Unternehmen ist, das den Vordruck A1 unterzeichnet, bzw. die einzelnen mitbietenden Mitglieder, die die Vordrucke A1-bis unterzeichnen.
- ¹ Die Angaben müssen entsprechend dem Rechtssitz des erklärenden Unternehmens von allen Formen von **Wirtschaftsteilnehmern**, die an der Ausschreibung teilnehmen, bestätigt werden.
- ¹ Für Dienstleistungen und Lieferungen sind jene Teile der Dienstleistung zu beschreiben, die man an Dritte untervergeben will.
- ¹ Gemäß Art. 89 GvD Nr. 50/2016 nur dann zu bestätigen, wenn der Bieter die besonderen Teilnahmeanforderungen nicht oder nur zum Teil erfüllt.
- ¹ Alle vorgesehenen besonderen Anforderungen angeben, die der Teilnehmer nicht selbst erfüllt, sowie deren Prozentsatz oder Wert (in Euro).
- ¹ Firma, Rechtssitz und allgemeine Angaben der Hilfsunternehmen und Anforderungen, für welche die Kapazitäten genutzt werden sollen.
- ¹ Vom 15.08.2020 an wird Art. 110 GvD Nr. 50/2016 gemäß Art. 372 Abs. 1 GvD Nr. 14/2019 ersetzt werden.

Bozen, 23.02.2023

Bearbeitet von
Angelika Runggaldier

[E-Mail](mailto:angelika.runggaldier@idm-suedtirol.com) angelika.runggaldier@idm-suedtirol.com

Übermittlung mittels PEC

DIE SPRACHDIENSTLEISTER

info@sprachdienstleister.at

**ERSUCHEN UM EINREICHUNG EINES VORANSCHLAGS
FÜR DIE DIREKTVERGABE:
*Übersetzungsdienstleistungen für den Südtirol Marketplace***

ANTWORT SPÄTESTENS BIS: **03.03.2023, 12 Uhr**

Sehr geehrte Sprachdienstleister,

Sie wurden durch eine Markterhebung ermittelt. Das vorliegende Ersuchen wird vom einzigen Verfahrensverantwortlichen (EVV), Herrn Wolfgang Töchterle, von IDM Südtirol – Alto Adige eingeleitet, um über Folgendes Kenntnis zu erlangen:

- über die von Ihnen angewandten wirtschaftlichen Bedingungen

Art. 1 Beschreibung der Leistung

Siehe Briefing

Art. 2 Geschätzter Betrag

Der Gesamtvergütung für die Ausführung der Lieferung (für 36 Monate) beträgt maximal **149.500,00** Euro (ohne MwSt.).

Zulässig sind nur Angebote mit Abschlag auf den Ausschreibungsgesamtbetrag

Art. 3 Auswahl der Wirtschaftsteilnehmer

Das Ersuchen zur Einreichung eines Voranschlags ist an die Wirtschaftsteilnehmer nach Art. 45 GvD Nr. 50/2016 gerichtet.

Die interessierten Wirtschaftsteilnehmer müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Eintragung im **Handelsregister** für Tätigkeiten, welche gemäß Art. 83 Abs. 3 GvD Nr. 50/2016 im Zusammenhang mit der vergabe-gegenständlichen Leistung stehen und/oder Eintragung im ONLUS-Verzeichnis (der Non-Profit-Organisationen);
- die **allgemeinen Anforderungen** gemäß Art. 80 GvD Nr. 50/2016 i.g.F. besitzen;

Art. 4 Ausführungsmodalitäten/Fristen

Siehe Briefing

Zahlungsmodalitäten: halbjährlich, 30 Tage ab Erhalt der Rechnung

Damit IDM die Rechnung fristgerecht vornehmen kann, muss der Auftragnehmer rechtzeitig die elektronische Rechnung mit allen Elementen gemäß geltenden Rechtsvorschriften und im Einklang mit den Vorschriften über die Rückverfolgbarkeit der Zahlungen ausstellen.

Art. 5 Einreichung der Voranschläge

Die interessierten Wirtschaftsteilnehmer müssen bis spätestens

03.03.2023, 12 Uhr

mittels elektronischer Post an die Adresse gare@pec.idm-suedtirol.com, mit der Beschriftung „Übersetzungsdienstleistungen für den Südtirol Marketplace“ ihren Voranschlag (in pdf und digital signiert) bestehend aus folgenden Dokumenten:

- 1 Antwort auf die Aufforderung (A1)
- 2 Technisches Angebot
- 3 Wirtschaftliches Angebot

einreichen.

Da es sich um eine Markterhebung handelt, kann der eingereichte Voranschlag auch vor Ablauf der Frist geprüft werden, doch die Auswahl erfolgt nach Ablauf der festgesetzten Abgabefrist.

Der EVW behält sich vor, nach seinem Ermessen unter den Bewerbern, die auf das Ersuchen zur Einreichung eines Voranschlags antworten, den Wirtschaftsteilnehmer auszuwählen, der den für die Vergabestelle vorteilhaftesten Voranschlag eingereicht hat.

Es steht dem EVW zudem frei, im ordentlichen Wege und nach eigenem Ermessen zusätzliche Wirtschaftsteilnehmer, die nicht an der gegenständlichen Markterhebung teilnehmen, zu konsultieren.

Selbstverständlich stellt die obige Teilnahme keinen Beweis über die Erfüllung der Teilnahmeanforderungen für die Vergabe der Leistung dar: Die Erfüllung der Anforderungen muss der Wirtschaftsteilnehmer vielmehr vor Vertragsabschluss über die auszufüllende Anlage A1 erklären.

Es sind keine Änderungsvorschläge und/oder bedingte Vorschläge zugelassen.

Die Wirtschaftsteilnehmer müssen gemäß Art. 27 Abs. 5 LG Nr. 16/2015 spätestens bei Erhalt des Ersuchens, ihr Angebot im Portal hochzuladen, im telematischen Verzeichnis auf der Plattform des „Informationssystems für öffentliche Verträge“ der Autonomen Provinz Bozen eingetragen sein.

ENDGÜLTIGE SICHERHEIT (Art. 36 LG Nr 16/2015): Bei Vergabeverfahren **mit geschätzten Wert ab 40.000 Euro** (ohne MwSt.) und unter 139.000 Euro (ohne MwSt.) muss der Auftragnehmer die endgültige Sicherheit gemäß Art. 36 LG Nr. 16/2015 **in Höhe von 2%** leisten.

Der Voranschlag ist von seinem Erhalt an für weitere 180 Tage bindend.

Vorliegendes Ersuchen **stellt keinen Vertragsangebot dar** und **bindet** die Verwaltung keinesfalls, die Leistung direkt an die antwortenden Wirtschaftsteilnehmer zu vergeben.

Die Verwaltung behält sich vor, das eingeleitete Verfahren jederzeit aus Gründen, die in ihre alleinige Zuständigkeit fallen, zu unterbrechen, ohne dass die Wirtschaftsteilnehmer Ansprüche deshalb erheben können.

Für Informationen und Rückfragen: Frau Angelika Runggaldier, gare@pec.idm-suedtirol.com

Art 6 Mitteilungen und Aktenzugang

Der Aktenzugang greift nicht vor Erlass der Vergabemaßnahme. Diese wird umgehend an alle, die den Voranschlag gesandt haben, mitgeteilt.

Die vorliegende Maßnahme wird zur allgemeinen Kenntnisnahme auf der institutionellen Webseite dieser Körperschaft unter „Transparente Verwaltung“ und das Ergebnis auf dem Portal des Informationssystems für öffentliche Verträge veröffentlicht.

Ort und Datum: Bozen, 23.02.2023

Der einzige Verfahrensverantwortliche (EVV)

Wolfgang Töchterle

(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

Anlagen:

- Briefing
- Technisches Leistungsverzeichnis
- A1 - Antwort auf die Aufforderung
- Wirtschaftliches Angebot



Firmato digitalmente da:

TOECHTERLE WOLFGANG

Firmato il 2023/02/23 12:16

Seriale Certificato: 1457044

Valido dal 18/05/2022 al 18/05/2025

InfoCamere Qualified Electronic Signature CA

INFORMATIONEN ZUM SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist die Auftrag gebende Körperschaft (siehe Ausschreibungsbedingungen).

Auftragsverarbeiter gemäß Art. 28 DSGVO ist IDM Südtirol Alto Adige – Pfarrplatz Nr. 11, 39100 Bozen, E-Mail: info@idm-suedtirol.com; PEC: privacy@idm-suedtirol.com. Der gesetzliche Vertreter der IDM Südtirol Alto Adige ist der Präsident Dr. Johann Pichler.

Unter- Herkunft der Daten: Die Daten werden beim Interessierten (Mitbewerber) gesammelt und in Archiven, Registern, Listen und Verzeichnissen von öffentlichen Rechtsträgern im Sinne der Rechtsvorschrift aufbewahrt.

Kategorie der Daten: Die eingehobenen Daten sind: Identifizierungsdaten und gerichtliche Daten (bezüglich Verurteilungen, Strafen und jedenfalls Maßnahmen infolge von Vergehen straf-, bürger-, verwaltungs-, sozial-, beitrags-, und steuerrechtlicher Natur im Sinne des Art. 80 GVD Nr. 50/2016). Besagte Datenverarbeitung ist insbesondere zum Zweck der korrekten Ausführung des Ausschreibungsverfahrens notwendig. Im Falle der fehlenden Übermittlung kann das Verfahren nicht vollendet werden.

Zweck und Art der Verarbeitung:

Die übermittelten Daten werden von der IDM, auch in elektronischer Form, für die Erfüllung von bestimmten gesetzlichen Verpflichtungen, welche durch die Rechtsvorschriften im Bereich Ausschreibungen und öffentlichem Vertragswesen entstehen, einzig für die Durchführung des Ausschreibungsverfahrens, sowie den damit verbundenen und sich ergebenden Tätigkeiten, gesammelt und verarbeitet. Die Verarbeitung der gerichtlichen Daten erfolgt ausschließlich für die Bewertung der Erfüllung der Anforderungen, gemäß den anwendbaren, geltenden gesetzlichen Bestimmungen und erfolgt aufgrund der "Ermächtigung zur Datenverarbeitung der gerichtlichen Daten von Seiten privater Subjekte, öffentlicher wirtschaftlicher Körperschaften und öffentlicher Subjekte", ausgestellt vom Sicherungsgeber zum Schutz der persönlichen Daten. Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigt werden können. Die Verweigerung kann die Durchführung des entsprechenden Untersuchungsverfahrens verhindern.

Mitteilung und Datenempfänger:

Die gesammelten Daten können ferner folgenden Subjekten mitgeteilt werden:

- den zur Verarbeitung beauftragten Subjekten, die aus verschiedenen Gründen im Auftrag der IDM arbeiten und denen schriftlich die entsprechenden Anweisungen zur berechtigten Verarbeitung der Daten erteilt wurde;
- anderen öffentlichen Verwaltungen und Behörden, denen die Daten im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden können;
- anderen Bietern, die Anfrage um Zugang zu den Ausschreibungsunterlagen stellen, gemäß den Modalitäten und im Rahmen dessen, was in diesem Bereich von den geltenden Bestimmungen vorgesehen ist;
- externen Subjekten, deren Namen den Interessierten zur Verfügung stehen, da sie Teil der Bewertungskommissionen sind, die von Mal zu Mal gebildet werden;
- Rechtsanwälten, welche mit der Verteidigung der IDM vor Gericht beauftragt sind.

Auf jeden Fall kann die Übermittlung von persönlichen Daten, mit Ausnahme der sensiblen und gerichtlichen Daten, von der IDM im Sinne der Verordnung EU/2016/679 (DSGVO) durchgeführt werden.

Die Daten werden in keiner Weise nach Außen übermittelt und mitgeteilt und werden in keiner Weise verbreitet und an nicht autorisierte Subjekte mitgeteilt.

Verbreitung: Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer: Die übermittelten Daten werden für die von den geltenden Bestimmungen vorgesehenen Dauer aufbewahrt.

Rechte der betroffenen Person: Gemäß den geltenden Bestimmungen hat die betroffene Person, auf Antrag, jederzeit das Recht, Zugang zu den sie betreffenden Daten zu erhalten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <https://www.idm-suedtirol.com/it/privacy.html> zur Verfügung.

Rechtsbehelfe: Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

- Die Erklärungen in diesem Vordruck müssen von den einzelnen Wirtschaftsteilnehmern (auch Handwerkern), den Gesellschaften (auch Genossenschaften), den Konsortien nach Art. 45 Abs. 2 Buchst. b) und c) GvD Nr. 50/2016 und den federführenden Unternehmen von Bietergemeinschaften, gewöhnlichen Konsortien, EWIV und Unternehmensnetzwerken abgegeben werden. Jedes mitbietende Mitglied einer BG, eines gewöhnlichen Konsortiums, einer EWIV oder eines Unternehmensnetzwerks sowie jedes ausführende Mitglied des Konsortiums, Genossenschaftskonsortiums oder ständigen Konsortiums gemäß 45 Abs. 2 Buchst. b) und c) ebd. muss die Anlage A1-bis ausfüllen.
- ¹ Bei einzelnen Unternehmen sind die Daten des gesetzlichen Vertreters anzugeben, bei Konsortien gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. b) und c) GvD Nr. 50/2016 die des gesetzlichen Vertreters des Konsortiums, bei Bietergemeinschaften, gewöhnlichen Konsortien gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. e) GvD Nr. 50/2016, EWIV und Unternehmensnetzwerken die des gesetzlichen Vertreters des federführenden Unternehmens.
- ¹ Falls der teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer die Form eines Konsortiums gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. b) und c) GvD Nr. 50/2016 aufweist, müssen die leistungsausführenden Konsortialgesellschaften die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.
- ¹ Falls der Wirtschaftsteilnehmer in Form eines gewöhnlichen Konsortiums gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. e) GvD Nr. 50/2016 teilnimmt, müssen alle mitbietenden Unternehmen des Konsortiums die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.
- ¹ Falls der Wirtschaftsteilnehmer in Form einer BG teilnimmt, müssen alle mitbietenden Unternehmen die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.
- ¹ Falls der Wirtschaftsteilnehmer in Form eines Unternehmensnetzwerks teilnimmt, müssen alle mitbietenden Unternehmen die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.
- ¹ Falls der Wirtschaftsteilnehmer in Form einer EWIV teilnimmt, müssen alle mitbietenden Unternehmen die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.
- ¹ Die vollständigen Angaben aller Unternehmen der BG, des Konsortiums gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. e). GvD Nr. 50/2016 anführen, und aller Mitglieder des Konsortiums gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. b) und c) GvD Nr. 50/2016 (Firma oder Bezeichnung, Rechtssitz, Steuernummer und Art der Gesellschaft: Einzelunternehmen, offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft oder andere Gesellschaftsform).
- ¹ Die Teile der Leistung müssen in Prozent angegeben oder beschrieben werden. Es dürfen bei sonstigem Ausschluss keinesfalls Beträge aufscheinen, auch nicht indirekt: diese sind im wirtschaftlichen Angebot anzuführen.
- a) Bei horizontaler BG muss das federführende Unternehmen den überwiegenden Leistungsanteil oder mindestens den Leistungsanteil laut Ausschreibungsbedingungen erbringen.
- b) Bei vertikaler BG muss das federführende Unternehmen die Hauptleistung oder mindestens den Leistungsanteil laut Ausschreibungsbedingungen erbringen.
- c) Bei gemischter BG muss das federführende Unternehmen den überwiegenden Leistungsanteil oder mindestens den Leistungsanteil laut Ausschreibungsbedingungen erbringen.
- ¹ Das **„erklärende Unternehmen“** ist das Unternehmen, das den Vordruck unterzeichnet. Der **„teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer“** ist der Wirtschaftsteilnehmer insgesamt: Handelt es sich um ein einzelnes Unternehmen, fällt dieses mit dem **„teilnehmenden Wirtschaftsteilnehmer“** zusammen, besteht der Wirtschaftsteilnehmer aus mehreren Subjekten, ist der **teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer** die BG, das Konsortium, die EWIV oder das Unternehmensnetzwerk, während das erklärende Unternehmen das federführende Unternehmen ist, das den Vordruck A1 unterzeichnet, bzw. die einzelnen mitbietenden Mitglieder, die die Vordrucke A1-bis unterzeichnen.
- ¹ Die Angaben müssen entsprechend dem Rechtssitz des erklärenden Unternehmens von allen Formen von **Wirtschaftsteilnehmern**, die an der Ausschreibung teilnehmen, bestätigt werden.
- ¹ Für Dienstleistungen und Lieferungen sind jene Teile der Dienstleistung zu beschreiben, die man an Dritte untervergeben will.
- ¹ Gemäß Art. 89 GvD Nr. 50/2016 nur dann zu bestätigen, wenn der Bieter die besonderen Teilnahmeanforderungen nicht oder nur zum Teil erfüllt.
- ¹ Alle vorgesehenen besonderen Anforderungen angeben, die der Teilnehmer nicht selbst erfüllt, sowie deren Prozentsatz oder Wert (in Euro).
- ¹ Firma, Rechtssitz und allgemeine Angaben der Hilfsunternehmen und Anforderungen, für welche die Kapazitäten genutzt werden sollen.
- ¹ Vom 15.08.2020 an wird Art. 110 GvD Nr. 50/2016 gemäß Art. 372 Abs. 1 GvD Nr. 14/2019 ersetzt werden.